
Globale Sicherheit als außenpolitisches Ziel

Karl Lamers

Sicherheit ist das Primärziel jeder Politik. Innerer und äußerer Friede bilden die Grundlage all dessen, was politisch verfasste Gemeinschaften erstreben, also die Basis der Zivilisation. „Globale Sicherheit“ ist also ein wahrhaft umfassendes Thema, zu dem die folgenden Überlegungen nur einige Anmerkungen sein können.

I. Ziel globaler Sicherheit

In der Einen Welt des 21. Jahrhunderts muss globale Sicherheit das Ziel sein, weil in ihr entweder alle sicher oder alle unsicher sind. Die Welt als Einheit zu denken, sie zu einem festen Teil unseres Bewusstseins, unseres Selbstverständnisses zu machen, sie zu erkennen und anzuerkennen und die Natur der sich aus ihr ergebenden Gefahren für die globale Sicherheit zu verstehen, ist Grundvoraussetzung, um sie zu gestalten.

Die Eine Welt ist keine einträchtige und gleiche, im Gegenteil ist sie voller Zwietracht, weil krasse Ungleichheit und Ungleichzeitigkeit, weil Aufbruch und Abwehr sie kennzeichnen. In ihr ist der Westen der Platzhalter, dessen Stellung herausgefordert ist.

Wieso ist die Welt eine Einheit in materieller Hinsicht? Sie ist es als Folge des exponentiellen Wachstums der Menschheit und in den letzten 600 Jahren der europäischen

Ausbreitung, welche auch ihre Art des Lebens, vor allem des Arbeitens und Wirtschaftens, ausbreitete und die für die Einheit unerlässlichen Mittel der Kommunikation und des Transportes bereitstellt. Das Ergebnis ist eine ständig wachsende Verflechtung und wechselseitige Abhängigkeit aller Glieder der Menschheit.

Aus dieser Lage ergeben sich neuartige Gefahren für die Sicherheit, deren augenfälligsten sind ökologische, wie der Klimawandel, dessen Neuartigkeit darin liegt, dass er von Menschen gemacht ist, näherhin von der westlichen, technologischen Zivilisation. Er bedeutete, könnte er nicht gebremst werden, wahrhaftig eine Katastrophe für die ganze Menschheit. Auch globale Gefährdungen der menschlichen Gesundheit durch die außerordentlich schnelle Ausbreitung von Pandemien wie AIDS und Vogelgrippe gehören in dieselbe Kategorie. Ebenso Gefahren wirtschaftlich-sozialer Art durch Störungen der internationalen Kommunikations- und Transportwege, etwa der Energiezufuhr oder durch Computerviren. Auch die Gefahr für die innere Sicherheit durch das transnational organisierte Verbrechen oder den transnationalen Terrorismus sind hier zu nennen, insofern sie sich derselben Mittel bedienen, welche die Welt zu einer Einheit macht.

Der transnationale Terrorismus ist eine Frucht der Ungleichzeitigkeit. In der Einen Welt leben zwar alle Menschen zur selben Zeit, aber nicht in derselben Zeit und insofern auch nicht in derselben Welt. Anders als früher leben beide Gruppen heute nicht mehr unvermittelt nebeneinander. Der von der westlichen Zivilisation auf traditionalistische Gesellschaften und Kulturen ausgehende enorme Anpassungs- und Veränderungsdruck auf alle Lebensbereiche provoziert Abwehrkräfte, die bis zur Gewalt gegen die vermeintlich absichtsvollen Verursacher des Drucks reichen und die ideologisch oder religiös legitimiert werden. Die davon ausgehende Gefahr ist besonders gefährlich, weil sie

schwer zu bekämpfen ist, weil sie tiefe Verunsicherung, umfassende Angst erzeugt, weil aus dieser heraus der angegriffene Westen geneigt ist, zur Abwehr Mittel zu ergreifen, welche die eigenen, von den Terroristen angegriffenen Werte selbst preisgeben, weil damit die Gefahr totaler Feindschaft zwischen dem Westen und der islamischen Welt wächst, die der Hass der Terroristen erzeugen will. Gegenüber den Fortschritten zur Eindämmung der Welt, die Europa nach den Brutalitäten des 30-jährigen Krieges erzielt hat, bedeutet der islamistisch-transnationale Terrorismus die Gefahr eines dreifachen Rückschritts: Eine Re-Privatisierung, eine Re-Religionisierung und Re-Fanatisierung und eine Entrechtlichung der Gewaltausübung. Sie ist auch ein Beispiel asymmetrischer Gewaltanwendung.

Gefahren für die globale Sicherheit ergeben sich aus dem krassen Gegensatz von Arm und Reich, Chaos und Ordnung. Armut in erreichbarer Nähe zu Reichtum, wie in Afrika und Europa, löst Migrationsströme aus, die in den Herkunfts- wie in den Zielländern die Gesellschaften erschüttern können. Auch das Chaos in Failing States bewirkt Flüchtlingsströme und dient transnationalen Terroristen als Herberge.

Gefahren eher traditioneller Art entwickeln sich aus der Rivalität zwischen den Aufsteigern und den Platzhaltern der internationalen Ordnung, das heißt dem Westen, vorab seinem Protagonisten, den USA. Ein Beispiel ist die Rivalität zwischen dem Aufsteiger par excellence China und Amerika um ihre Rolle in Asien. Sie bildet einen Hintergrund unter anderem für den Dissens zwischen beiden in der Behandlung Nordkoreas.

Das größte Problem für die globale Sicherheit wirft das Streben nach Nuklearwaffen und Trägersystemen auf. Ihr Erwerb hebt die fundamentale Ungleichheit zwischen den Nicht-Besitzern und den Besitzern auf, da die Besitzer nicht mehr angegriffen werden können. Die Befürchtung ist, dass

neue Atommächte weniger verantwortungsvoll mit diesen Waffen umgehen als die alten und ein in seinen Folgen unabsehbarer Wettlauf um Nuklearwaffen einsetzte.

Konflikte können sich auch aus dem zunehmenden Wettbewerb um knappe Ressourcen wie Energie und Wasser entwickeln.

Fast alle diese Konflikte überschneiden sich und verwischen die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit. Der Westen ist nicht nur als Platzhalter herausgefordert, sondern auch am verletzlichsten, weil am höchsten entwickelt.

II. Neudefinition der Politik

Zweite Voraussetzung, um sich den Herausforderungen der Einen Welt erfolgsversprechend zu stellen, ist, der Außenpolitik den gleichen Stellenwert zu geben wie der Innenpolitik oder – richtiger gesagt – Politik neu zu definieren.

Wenn sich die Grenzen zwischen außen und innen immer mehr verwischen, wenn die Grundbedingungen staatlichen Handelns entscheidend von außen bestimmt werden, dann muss Politik den Anstrengungen, die darauf zielen, diese zu beeinflussen, dieselbe Bedeutung beimessen wie der Innenpolitik. Die Grenzen zwischen beiden Politikbereichen verschwimmen. In der Europapolitik wird das offenkundig. Die Anteilnahme in der politischen Klasse unter Einfluss der Medien an diesem Außen in der Einen Welt entspricht diesem einfachen und einleuchtenden Postulat aber keineswegs, weder in Deutschland noch sonstwo. Die Zahl derjenigen, die sich ernsthaft und dauerhaft mit Außenpolitik beschäftigen, ist überschaubar, in den Parlamentsfraktionen winzig. Viele Stellungnahmen zu den aktuellen Wirtschafts- und Sozialreformen in Europa verkennen den unwiderstehlichen Zwang, den die

entgrenzte Wirklichkeit ausübt. Sie bedeutet unter anderem, dass das, was sozial ist, in der Einen Welt nicht mehr im engen, nationalen Rahmen definiert werden kann, sondern dass es um globale Umverteilung geht. In Deutschland ist der Anteil der Ausgaben für auswärtige Zwecke im Haushalt von etwas über 22 Prozent im Jahr 1989 auf etwas unter 12 Prozent heute gesunken.

III. Verständnis für die Weltsicht der anderen

Alle, vorab der Westen, müssen lernen, die Welt und sich selbst mit den Augen der anderen zu sehen, um die Eine Welt nicht nur zu erkennen, sondern sie auch zu verstehen.

Dieses Postulat ist zentral, aber schwer zu erfüllen, denn, wenn wir so verfahren, führt das unweigerlich zu der Erkenntnis, dass das Urteil des Anderen, auch das des Gegners, nicht unbedingt das Ergebnis von Dummheit oder gar Bosheit, sondern nachvollziehbar ist, dass es sich aus seiner Perspektive erschließt, die ebenso wie die unsere auf vielfältige Weise bedingt wie beengt und von Interesse geleitet ist. Das verunsichert, bewahrt aber vor Manichäismus und öffnet einen Zugang und damit die Chance eines Einvernehmens, eines Kompromisses. Verstehen heißt nicht Billigen. Nicht Sympathie ist gefordert, sondern Empathie. Einsichtig ist, dass diese Haltung einzunehmen umso schwieriger fällt, je erfolgreicher einer ist. Wie sollte der Erfolgreiche nicht denken, was wahr und gut für mich ist, ist es auch für andere? So dachten im 19. Jahrhundert die Europäer, so denken heute die Amerikaner. Sie mögen das auch mit durchaus guten Gründen tun, was Prinzipielles angeht, aber die Anderen müssen es selbst glauben und wir müssen wissen, weshalb sie es nicht glauben und dass sie nicht von uns beglückt werden wollen – weder mit Gewalt noch anders.

Was gemeint ist, lässt sich an dem auch in dieser Hinsicht hochaktuellen Beispiel des Streites zwischen dem Westen und dem Iran illustrieren.

1952/53 ist für den Iran die Schlüsselzeit seiner Beziehungen zum Westen, besonders zu Amerika. Damals wurde Ministerpräsident Mossadeque, ein großbürgerlicher Antikommunist, mit Hilfe des CIA gestürzt und der Schah wieder eingeflogen. Mossadeque hatte die englisch-iranische Ölgesellschaft verstaatlicht und sich auch nicht auf das Angebot eines höheren Preises für das Öl eingelassen. Daraufhin wurde er im Westen für verrückt erklärt, weil man nicht verstand, dass es ihm nicht in erster Linie um Geld, sondern um Grundsätzliches ging, nämlich die Verfügungsgewalt über die eigenen Naturschätze. (Die Parallele zur heutigen Position des Iran im Streit um sein Nuklearprogramm ist offensichtlich.) Dann unterstützten die USA das Schah-Regime in seiner forcierten Modernisierungspolitik massiv, obwohl dieses auf die kulturell-religiöse Stimmungslage des Landes keinerlei Rücksicht nahm, obwohl das Regime massiv die Menschenrechte verletzte, obwohl die Opposition ständig wuchs. Sie pumpeten das Land voll mit Waffen bis die charismatische Gestalt Ayatollah Khomeini mit seinem religiös-nationalistischen und reaktionären Programm das Schah-Regime stürzte und an seine Stelle ein theokratisches setzte, das sich logischerweise sofort gegen die Unterstützer der alten Herrschaft wandte, die als der eigentliche Urheber des Elends des Landes und als seine eigentlichen Herrscher angesehen wurden. Die völkerrechtswidrige Besetzung der US-Botschaft 1979 wurde als Antwort auf die von dieser ausgehenden Versuche, das neue Regime wieder zu stürzen, betrachtet, und bot durch den kläglich gescheiterten amerikanischen Versuch, die Geiseln zu befreien, eine vorzügliche Chance, „den großen Satan“ zu demütigen. Dann folgte die Zeit des achtjährigen Krieges zwischen dem Irak und dem Iran, den Saddam Hus-

sein vom Zaun gebrochen hatte und in dem er Giftgas einsetzte, für das der Westen, darunter Deutschland, die Grundstoffe geliefert hatte, der das Land eine Million Tote kostete und in dem die USA den Irak wirkungsvoll unterstützten. Nach Ende des Krieges als Folge der Erschöpfung beider Seiten wuchs die Feindschaft zwischen den USA und dem Iran, die sich im gleichen Stil als großer Satan oder Mitglied der „Achse des Bösen“ beschimpften. So entstand ein überaus günstiges Klima für den Nuklearstreit, der formell und auch tatsächlich zunächst ein solcher zwischen dem Iran und der ganzen Völkergemeinschaft ist, aber doch auch wiederum in erster Linie einer zwischen den USA und dem Iran. Zunächst sieht sich dieser zu Recht im Recht auf die Entwicklung einer Technik, die sowohl zu friedlichen wie zu militärischen Zwecken genutzt werden kann. Hier wie im Falle der Verstaatlichung des Öls im Jahr 1952 geht es dem Iran wieder um Grundsätzliches und um Prestige. Unbeschadet der guten Gründe für den Verdacht, dass er sich die Option auf die Entwicklung von Nuklearwaffen jedenfalls offen halten will, wenn nicht gar diese plant. Der Prestige-Charakter des Streits wird verstärkt, wenn der Westen vom Iran vor Gesprächen über eine Lösung des Konflikts eine Aufgabe der Urananreicherung verlangt, obwohl eben diese sein Recht ist. Dazu sieht er sich umso weniger veranlasst, als alle Sanktionsoptionen schlechte bis sehr schlechte sind und seine Position durch die desaströse Entwicklung im Irak ganz entgegen der amerikanischen Absicht gestärkt worden ist.

Der grundsätzliche Charakter des Streits tritt auch in besonderer Klarheit zutage, wenn der Iran die Frage stellt, wieso man ihm vorsorglich verwehren will, was man im Falle Indiens sogar mit einem Vertrag mit den USA honoriert, im Falle Pakistans stillschweigend akzeptiert, obwohl dieses Land das vielleicht problematischste in der Region ist, und obwohl die USA sich zum israelischen

Nuklearpotential nie mehr äußern und es ebenfalls akzeptieren und Israel der engste Verbündete Amerikas in der Region ist und beide aus ihrem Wunsch nach einem Sturz des Regimes in Teheran keinen Hehl machen.

Mit diesen Fragen ist der sicherheitspolitische Kern des Problems und die Rolle Israels in der Region angesprochen, das nicht nur vom Iran als Speerspitze des Westens gesehen wird, sondern auch zum Fokus des Hasses zwischen weiten Teilen der islamischen Welt auf den Westen geworden ist. Damit ist auch klar, dass eine unabdingbare Voraussetzung für eine Lösung des Streits mit dem Iran eine sicherheitspolitische Garantie für ihn ebenso wie eine für die Palästinenser und Araber befriedigende Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes ist.

IV. Glaubwürdigkeit des Verstehens

Der Westen muss versuchen, seine Glaubwürdigkeit wiederherzustellen, mindestens sie zu verbessern, sein Handeln in größere Übereinstimmung mit seinen Idealen zu bringen.

In größere will sagen, dass es vollkommene nie geben wird, wie an den Positionen der Europäischen Union in der WTO beispielhaft zu verdeutlichen ist. Wenn die EU den umfassenden Nutzen freien und fairen Welthandels preist, aber teuer subventionierte Lebensmittel exportiert, die lokalen Anbietern in Entwicklungsländern den heimatischen Markt kaputtmachen, dann ist das das Gegenteil von frei und fair. Natürlich, gewählt werden muss kein Abgeordneter in der WTO, sondern in Deutschland, Frankreich oder den Niederlanden. Lokale und globale, kurz- und langfristige Interessen sind nicht immer ganz und schnell in Übereinstimmung zu bringen. Aber etwas mehr und schneller wäre schon möglich.

Dasselbe gilt für die Diskrepanz zwischen dem Anpreisen von Demokratie und dem Predigen von Menschenrechten und dem Paktieren mit Diktaturen. Auch hier fällt die Erkenntnis nicht schwer, dass etwa sichere Energiezufuhr und vieles andere vollkommen legitime Interessen des Westens sind, dass zur Zusammenarbeit mit fragwürdigen Regimen oft keine Alternative besteht. Aber die Grenze muss dort gezogen werden, wo sich diese unvermittelt gegen das unterdrückte Volk richtet, etwa indem das Regime mit Waffen, an denen man auch noch verdient, vollgepumpt wird, wie seinerzeit das Regime des Schahs. In diesem Fall darf man sich nicht wundern, wenn sich ein revolutionäres Regime dann gewissermaßen automatisch gegen die Unterstützer des alten wendet. „In vorübergehenden Vorteilen stecken oft bleibende Nachteile“, sagt ein chinesisches Sprichwort.

Das Insistieren auf die Beachtung des Völkerrechts wird unglaublich, wenn die strikte Einhaltung der Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates als des höchsten Gesetzgebers von allen kategorisch und unter Androhung von Sanktionen verlangt wird, die permanente Verletzung des Völkerrechts aber durch Israel bei der Besiedlung des West-Jordanlandes mit Stillschweigen bedacht wird. Gerade dieser Fall zeigt, wie schwer es besonders für die Europäer und ganz besonders für die Deutschen ist, der Forderung nach Glaubwürdigkeit, man könnte auch sagen, nach mehr Gerechtigkeit, gerecht zu werden, stehen sie doch moralisch tief in der Schuld der Juden, denen sie nach dem Holocaust und den zahllosen Pogromen in tausend Jahren in ganz Europa in Palästina eine sicherere Zukunft schaffen wollten. Aber es gibt keine sichere Zukunft für die Israelis auf der Basis der Verletzung des Rechts der Palästinenser, sondern nur eine gemeinsame Zukunft auf dem Fundament von Gerechtigkeit für beide. Deswegen kann die Lösung des Gewissenskonfliktes des Westens nur in einem massiven,

wesentlich massiveren Einsatz als bisher für einen Ausgleich zwischen Israelis und Palästinensern liegen. Für die Glaubwürdigkeit des Westens weltweit, besonders aber in der islamischen Welt, hängt davon mehr ab als von irgendeinem anderen Teil seiner Politik.

Auch das Bestehen auf Einhaltung des Nichtverbreitungsvertrages ist nicht überzeugend, wenn die „legalen“ Nuklearwaffenmächte ihren Verpflichtungen zur Abrüstung nur insofern nachgekommen sind, als vor allem Russland und mehr noch die USA nur verschrotten, was ohnehin sinnlos geworden ist, also in Wirklichkeit nicht abrüsten, und wenn stattdessen Amerika sogar an einsatzfähigen Mini-Atomwaffen arbeitet und damit die einzige Legitimation von Nuklearwaffen, nämlich die Abschreckung, das heißt, ihre Nicht-Anwendung, untergräbt.

V. Kurz- und langfristige Ziele des Westens

Der Westen muss eine bessere Relation zwischen seinen Mitteln und seinen Zielen bzw. seinen Interessen herstellen und klarer zwischen kurz- und langfristigen Zielen unterscheiden.

Die Menschenrechte sind nach Überzeugung des Westens universelle Werte, sie sind inzwischen auch universell anerkannt, nur nicht verwirklicht. In Demokratie als Herrschaftsform finden die Menschenrechte ihren politischen Ausdruck. Sie ist Voraussetzung ihrer Beachtung und eine wesentliche Bedingung für Frieden. Die Forderung nach und die Förderung von Demokratie durch den Westen sind daher legitim und notwendig. Aber die Mittel, die ihnen dabei zur Verfügung stehen, sind begrenzt. Träger der Demokratie ist der Demos, ein Volk, das sich als Gemeinschaft versteht, die in einem Staat leben will. Davon aber kann vielerorts – siehe den Irak und siehe zahllose Staaten

in Afrika – nicht die Rede sein. Verschiedene Ethnien und andere Gruppen, zum Beispiel religiöser Art, streben auseinander. Oft sind solche Staaten das Ergebnis europäischer Kolonialpolitik mit willkürlich nur gemäß den Interessen der Kolonialmächte gezogenen Grenzen. Ihre widerstrebenden Teile werden mit Gewalt zusammengehalten – nicht anders als das allerorten, Europa eingeschlossen, so lange geschehen ist, bis sich ein Gemeinschaftsbewusstsein entwickelt hatte. Herrschaft geht Demokratie voran.

Demokratie hat auch noch andere gesellschaftliche Voraussetzungen. Die Erfahrung zeigt unzweideutig, dass sie eine Mittelschicht als tragendes Element erfordert, diese aber ist das Ergebnis eines langen wirtschaftlichen Prozesses und des damit verbundenen kulturellen Wandels. Das braucht Zeit und lässt sich von außen nur begrenzt fördern, aber nicht forcieren. Das Gefühl des „Demos“, zu Demokratie gezwungen zu werden, wirkt kontraproduktiv. Es lässt sich ohnehin nicht ganz vermeiden, weil die von der westlichen Zivilisation entgrenzte Eine Welt alle einem massiven Anpassungs- und Modernisierungsdruck an eben diese westliche Art des Lebens aussetzt. Umso mehr sind Klugheit und Zurückhaltung geboten. Gelassenheit ist erlaubt, weil es beste durch Erfahrung und Philosophie untermauerte Gründe für die Annahme gibt, dass die Entwicklung hin zu Freiheit und Demokratie zwangsläufig ist, aber sie verläuft natürlich nicht widerspruchsfrei und ohne Rückschläge.

Auch die konkreten Mittel des Westens sind beschränkt, selbst die unvorstellbar gewaltige Militärmacht der USA reicht nicht aus, um in einem einzigen Fall, wie Vietnam oder Irak, die gewünschten Ergebnisse zu erzielen, und noch weniger, um an mehreren Orten zugleich eingesetzt zu werden. Neben dem Irak und Afghanistan wäre ein weiterer Einsatz an einem dritten Schauplatz nicht möglich. Die Drohung mit militärischen Mitteln

gegen den Irak wirkt daher unglaubwürdig, wie übrigens auch die mit anderen Sanktionen. Nicht, dass das militärische Mittel überflüssig geworden wäre – im Gegenteil. Aber seine wachsende Bedeutung liegt nicht in offensiven Zwecken, sondern in defensiven, vor allem immer mehr in solchen der Stabilisierung der staatlichen Ordnung, die durch innere Gewalt gefährdet ist.

Der Westen muss die Wahl seiner Mittel auf eine Welt einstellen, in der er den Zenit seiner Macht überschritten hat. Sich daran nach Jahrhunderten der Vorherrschaft zu gewöhnen, fällt schwer, vor allem Amerika, das der letzte Protagonist dieser in Auflösung begriffenen Weltordnung ist und das zudem bis zum 11. September 2001 das welthistorisch einzigartige Privileg der Unverwundbarkeit genoss. Aber die Wirklichkeit zu erkennen und sie anzuerkennen, ist erste Voraussetzung, um sie zu gestalten.

VI. Balance in den wechselseitigen Abhängigkeiten

Der Westen muss eine bessere Balance zwischen seiner Abhängigkeit von anderen und der der anderen von ihm herstellen.

Am Beispiel westlicher Abhängigkeit von Öl- und Gasproduzenten lassen sich die Grenzen dieses Ratschlags verdeutlichen. Drei Optionen stehen grundsätzlich zur Verfügung: erstens Diversifizierung der Lieferländer. Deren aber gibt es nur wenige und sie sind fast ausnahmslos nicht eben demokratisch, stabil und zuverlässig. Wen etwa soll man gegen Russland tauschen, um dort mit mehr Nachdruck auf die Einhaltung demokratischer Standards drängen zu können, ohne vom Regen in die Traufe zu kommen? Zweite Möglichkeit ist, die Nachfrage durch alternative Energien und Senkung des Verbrauchs zu verringern. Beides geschieht, wenngleich viel zu wenig und widersprüch-

lich. Welchen Sinn macht es, Autos zu bauen, die so genannten SUVs in den USA, die 25 Liter Benzin verbrauchen, oder Autos, die mehrere hundert PS haben, wie in Deutschland. Nachhaltige Erfolge auf diesem Wege sind jedoch nur auf längere Sicht erreichbar. So bleibt für jetzt nur die Strategie, die so stark einseitige Abhängigkeit des Westens von den Lieferländern in eine stärker wechselseitige umzuwandeln. Das ist im Falle Russlands bei allen Schwierigkeiten immer noch wesentlich besser möglich als mit den meisten anderen Produzenten. Dieser Weg hat den Vorteil, dass er dem allgemeinen und unaufhaltsamen Trend der Globalisierung, der Verflechtung, der wechselseitigen Abhängigkeiten entspricht.

VII. Globale Organisation von Politik

Der Westen muss die Organisationsform von Politik weltweit neu gestalten. Politik muss global organisiert werden.

Grundlage allen politischen Handelns ist das Territorialprinzip von Macht. Der Anspruch des Staates allein-, letzt- und allzuständig zu sein, beruht auf festen territorialen Grenzen. Die transnationale Wirklichkeit der Globalisierung unterhöhlt ihn. Entgrenzung heißt Entstaatlichung. Neue Organisationsformen von Politik sind die logisch und praktisch zwingende Folgerung aus dieser Tatsache. Ihre Entwicklung benötigt Zeit, wie sie auch die des Territorialprinzips gebraucht hat. Der Staat ist als Nationalstaat nicht nur eine Organisationsform von Macht, sondern auch eine Lebensform. Hier liegt der Kern des Widerstrebens gegen transnationale Institutionen. Aber die Zeit drängt, denn die transnationale Wirklichkeit, die wechselseitige Abhängigkeit wächst mit jedem Tag und immer schneller. Das Phänomen der Beschleunigung ist die Schwester der Globalisierung.

Eine neue globale Weltordnung muss aufbauen auf neuen regionalen Ordnungen, die auf einer Weiterentwicklung der alten, nationalen beruhen.

Die umfassende globale Institution sind die Vereinten Nationen. Der Verbindlichkeitscharakter ihrer Entscheidungen muss gestärkt werden, vor allem in allen Fragen von Krieg und Frieden. Alle müssen sich ihnen unterwerfen, auch die USA, denn sonst werden es die anderen auch nicht tun. Die Reform der Vereinten Nationen ist dringend.

Viele andere Ansätze einer neuen globalen Ordnung unterhalb der Vereinten Nationen und in ihrem Rahmen haben sich bereits etabliert und können weiterentwickelt werden. Sie reichen von den Menschenrechten und internationalen Strafgerichtshöfen über Teilfragen der internationalen Sicherheit, wie den Nicht-Verbreitungsvertrag und die Ökologie, wie das Kyoto-Protokoll bis hin vor allem in den Bereich der Wirtschaft. Die WTO ist der Nukleus einer Weltwirtschaftsordnung. In allen Bereichen ist entscheidend, ob es gelingt, Sanktionsmaßnahmen weiter zu entwickeln.

In vielen dieser Bereiche haben sich bereits regionale oder interessenbestimmte Untergruppen gebildet. Von diesen ist die Europäische Union die mit großem Abstand wirkungsvollste. Auch private „global player“ in der Wirtschaft versuchen, global verbindliche Regeln zu entwickeln, wie etwa „global compact“. Weltweit tätige NGOs leisten einen wachsenden Beitrag zur Bewusstseinsbildung für das global Notwendige.

VIII. Stärkung der Europäischen Union

Die Europäische Union muss als Weltordnungsfaktor und Weltordnungsangebot gestärkt werden.

Europa ist die Antwort der Europäer auf die Globalisierung, auf die Entgrenzung, auf die transnationale Wirklich-

keit, die in seinem Raum besonders dicht ist, weil sie hier ihren Ursprung hat. Die Europäische Union hat eine einzigartige Form des Zusammenwirkens souveräner Nationen entwickelt, mittels deren sie Freiheit und Gerechtigkeit auch unter den Bedingungen von Globalisierung verwirklichen will: das Europäische Modell. Die Union bildet Vielfalt in Einheit ab. Sie garantiert den Frieden zwischen ihren Mitgliedern, die Grundlage für alles. Sie ist das fortschrittlichste Projekt der internationalen Politik, die eine transnationale werden muss. Sie ist ein Modell und ein Angebot einer neuen Weltordnung. Schon heute ist sie erklärtes Vorbild in Lateinamerika, Afrika und Teilen Asiens.

Europas Anziehungskraft beruht auch darauf, dass es strukturell bedingt so hegemonieunfähig ist, die Arroganz der Macht abgelegt hat und dass es alles hat, was die übrige Welt braucht: Wissen, Kapital und einen großen Markt.

Aber Europa darf sich nicht nur als Modell verstehen, sondern muss einen aktiven Beitrag zu einer „besseren Welt“ (Jean Monnet) leisten. Es muss offen sein gegenüber der Welt, gegenüber anderen Kulturen in seinem Inneren wie überall. Das Eigene bewahren, indem es die Begegnung mit dem Anderen als Bereicherung und nicht als Bedrohung versteht. Es muss offen sein gegenüber dem Wettbewerb, sich ihm stellen, ihn garantieren, ihn aber zugleich gestalten, bändigen, regeln, damit er fair ist, allen eine Chance bietet, nicht zum Kampf aller gegen alle wird, damit Freiheit und Gerechtigkeit weltweit zum Maßstab werden.

Der aktive Beitrag Europas muss sich vor allem auf die Grundlage für alles, den Frieden, richten: Von der Entwicklungspolitik über eine auswärtige Kulturpolitik der Union (eben der ihrer Mitgliedsländer) bis hin zu militärischen Beiträgen im Rahmen der Vereinten Nationen. Dazu muss sie größere Mittel zur Verfügung stellen, die nationalen Anstrengungen mit denen der Union koordinieren, die militäri-

schen Mittel schrittweise zusammenfügen und die institutionellen Voraussetzungen für eine gemeinsame Politik verbessern.

Europa muss vor allem seine inneren Rivalitäten und Ängste vor Hegemonie überwinden, um nicht länger Amerika als Gegenmacht in Europa zu benötigen, was jede Selbständigkeit ausschließt, wie die Irak-Kriegs-Krise offenbart hat. Das ist vor allem eine Verantwortung der Großen in der EU, vorab Deutschlands und Frankreichs, die ihr in diesem Falle und in anderen in der jüngsten Vergangenheit nicht gerecht geworden sind. Die Zeit für ein Europa, das mit einer Stimme gegenüber der Welt auf allen Feldern der Politik spricht, drängt. Wenn das in unmittelbarer Zukunft nicht mit allen Mitgliedern der EU möglich ist, müssen auch hier einige dies vorleben, vormachen und vorangehen. Europa muss sich endlich bewusst werden, wie entscheidend sein Interesse an und seine Verantwortung für eine bessere Welt sind – gerade jetzt, wo Amerika so viel Ansehen und Anziehung verloren hat.

Europa muss die Erfahrung seiner Nationen in der Europäischen Union einbringen, dass Interesse *inter esse* heißt, dazwischen sein, in der eigenen Existenz von der der anderen abhängig zu sein, das Handeln gegenüber und mit den anderen. Die Erfahrung der anderen weckt das eigene Selbstverständnis, die eigene Identität ist Selbstvergewisserung, das, was Europa am dringendsten braucht. Europa ist nicht genug, Europa ist sich selbst nicht genug.

IX. Neuausrichtung der transatlantischen Beziehungen

Europäer und Amerikaner müssen die transatlantischen Beziehungen stärken, indem sie ihnen eine neue Form geben.

Wenn Europa globale Außenpolitik macht, stößt es auf die Weltmacht Amerika. Aber Amerika ist nicht nur eine

nicht-europäische, sondern auch eine europäische Macht. Es ist draußen und drinnen. Das macht das Verhältnis beider ebenso besonders wie schwierig.

Europa und Amerika teilen ihre Grundüberzeugungen von der Natur des Menschen und menschlicher Gemeinschaft. Sie sind gemeinsam herausgefordert, in diesem Verständnis wie in ihrer Rolle in der Welt. Sie unterscheiden sich aber zunehmend in der Interpretation ihrer Werte und in ihren Ansichten, wie dieser Herausforderung begegnet werden kann und soll. „If you have a big hammer, everything looks like a nail.“ Wer den Hammer nicht hat, sieht auch nicht in allem den Nagel. Der Irak-Krieg hat das illustriert. Amerika neigt zu Polarisierung und Moralisierung, Europa zu Differenzierung. Amerika verlässt sich nur auf sich selbst (Unilateralismus), Europa setzt auf Einbindung (Multilateralismus). Europa weiß, dass es den Höhepunkt seiner Macht längst überschritten hat, Amerika sieht sich auf dem Höhepunkt seiner Macht, diese aber bedroht. Den Schock des Verlustes der Unverwundbarkeit am 11. September 2001 versucht Amerika mit allen Mitteln zu kompensieren, für die Europäer war Unverwundbarkeit schon immer ein illusionärer Traum, wie Achilles und Siegfried uns lehrten. Die Europäer drohen Ressentiments gegenüber Amerika zu entwickeln oder haben sie schon. Die Amerikaner empfinden schon heute oft Geringschätzung gegenüber Europa. Der Erfolg im Kalten Krieg ist keine ausreichende Basis für ihre Gemeinsamkeit in der Zukunft. Diese aber fordert noch weit mehr Gemeinsamkeit, denn ihre gemeinsamen Herausforderungen sind von ungleich tieferer Natur als jene der Vergangenheit. Mehr Gemeinsamkeit aber wird nur gelingen, wenn Europa stärker wird. So stark, dass Amerika auf Europa hören muss und nicht mehr allein entscheidet, um dann von Europa zu erwarten, dass es folgt. Gefolgschaft hat keine Zukunft. Partnerschaft verlangt Gleichgewicht. Gleichgewicht gibt es nur, wenn

jedes Gewicht ein Gegengewicht zu dem je anderen ist. Jeder braucht ein Gegengewicht, sonst verliert er die innere Balance.

Europa muss nicht so werden wie Amerika. Das ist weder möglich noch wünschenswert. Amerika und Europa müssen ihre unterschiedlichen Potentiale als komplementär und nicht als alternativ verstehen. Eine bessere Welt braucht beide: die Macht des Rechts und Macht, das Recht durchzusetzen – Sanktionsmacht.

Gute Absichten brauchen starke Institutionen. Europa und Amerika müssen ein institutionalisiertes Verfahren für gemeinsame Entscheidungen über eine gemeinsame Politik in der NATO entwickeln. Gleichgewicht allein bedeutet nicht dauerhafte Stabilität, sondern verdeckte oder offene Rivalität.

Die NATO muss ein Bündnis zwischen Europa als Einheit und Amerika werden, in dem beide gemeinsam entscheiden.

X. Chancen der Globalisierung

Der Westen darf Globalisierung nicht nur als Gefahr sehen, sondern muss sie auch als Chance verstehen, die Eine Welt auch zu einer einigen zu machen – zu einer etwas einigeren.

Sechs Wochen nach dem 11. September 2001 sagte ein radikaler islamistischer Pakistani zu einer amerikanischen pakistanstämmigen Journalistin: „Das Land, das wir am meisten hassen, ist unser Paradies.“ Gemeint war Amerika! Dieser Satz zeigt die ganze Ambivalenz der Gefühle, vor allem, aber nicht nur, der islamischen Welt gegenüber Amerika als dem Protagonisten des Westens in greller Prägnanz. Er zeigt eben auch, über welches Potential der Westen verfügt. Es ist ein überlegenes Potential, wenn er es überlegt einsetzt. Dazu gehört vorab, dass er auf die ideo-

logisch-religiösen Hasstiraden, die ihm aus der islamischen Welt entgegengeschleudert werden, nicht mit gleicher Münze antwortet. „Die Achse des Bösen“ ist eine ohnehin nur schwache Replik auf „den großen Satan“. Sie verleitet zur totalen Feindschaft, die demokratische Gesellschaften nur schwer durchhalten und die ihren Charakter verändert. Die pseudomoralischen Verbrämungen der Konflikte mancher Akteure in der nah-mittelöstlichen Region mit dem Westen und untereinander muss zwar ernstgenommen werden, insofern sie die Energie steigern, sie darf aber nicht den machtpolitischen Kern beider Konfliktfelder übersehen lassen. Für ideologisch aufgeladene Konflikte gibt es nur Sieg oder Niederlage. Für machtpolitische gibt es Kompromisse.

Die wichtigsten der neuen Akteure in Asien, China und Indien, aber auch Malaysia oder Vietnam und viele andere, suchen mit Erfolg vom Westen zu lernen, zunächst in der Art ihres Wirtschaftens, mit Folgen aber weit darüber hinaus. Ihr Erfolg ängstigt manche im Westen und unübersehbar stellt er ihn auch vor große Herausforderungen. Aber zunächst ist es doch ein Beweis für die Anziehungskraft für die westliche Art des Lebens und unübersehbar profitiert der Westen auch davon. Wenn andere stärker werden, ändert sich die Relation. Auch der Wettbewerb wird stärker. Wettbewerb nutzt allen, ist aber doch ein Glaubenssatz des Westens – allerdings nur ein fairer, durch Regeln gebändigter.